

**Kommission für Regionalplanung, Wissenschaft
und Forschung des Regionalrates Detmold**
Der Vorsitzende

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT

zur Sitzung der Kommission für Regionalplanung, Wissenschaft und Forschung
am Montag, den 09.03.2020

Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr Sitzungsende: 11:10 Uhr

Sitzungsort: Bezirksregierung
 Detmold

Es waren anwesend:

Stücke, Reinold, Kommissionsvorsitzender

Dr. Horter, Manfred

Barlen, Ursula

Franz, Hans-Jürgen

Koßmann, Heinz-Günter

Mühlenmeier, Ralf

Schrewe, Ernst-August

Vollmer, Bernd

Becker, Daniela

Gröver, Wilhelm

Langenberg, Simona

Antl, Christian

Engelking, Susanne

Helling, Detlef

Lange, Helga

Niemann-Hollatz, Birgit

Unruhe, Jürgen

Weßling, Arnold

Burmann, Nobert

Hübner, Martin

Richter, Ullrich

Von der Verwaltung waren anwesend:

Frau Recklies, RVP'in

Herr Kronsbein, Abt. 3

Herr Kunz, Abt. 5

Herr Patschke, Dez. 32

Frau Mindach, Dez. 32

Frau Menke, Dez. 32

Herr Lückemeier, Dez. 32

Herr Brockhagen, Dez. 32

Herr Reike, Dez. 32

Herr Ganninger, Dez. 32

Als Gäste waren anwesend:

Herr Ringkamp, Geschäftsführung

CDU-Fraktion

Herr Bley, Geschäftsführer der Firma

„Gut versorgt in ...“

I Öffentliche Sitzung

TOP 1: Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgestellt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig.

Wesentliche Beratungsinhalte:

Keine.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung am 09.12.2019

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2019 wird ohne Änderungen genehmigt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig.

Wesentliche Beratungsinhalte:

Keine.

TOP 3: Vorstellung der App "Gut versorgt in ...", Geschäftsführer Michael Bley

Wesentliche Beratungsinhalte:

Herr **Bley** stellt als Geschäftsführer der Firma „Gut versorgt in ...“ die gleichnamige App im Life-Betrieb vor. Das Start-Up-Unternehmen sei 2018 gegründet worden und habe eine App entwickelt, die sich insbesondere an ältere Menschen richte. Die App könne ohne Registrierung per einmaliger Anmeldung kostenlos genutzt werden. Mit Hilfe der App könnten wichtige lokale Ansprechpartner und Dienstleister auffindig gemacht sowie Tipps und Ratschläge abgefragt werden. Ziel sei es ambulante Pflegedienste maßgeblich zu entlasten und älteren Menschen einen längeren Verbleib in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die App sei zwischenzeitlich in 19 Städten online, darunter im Regierungsbezirk auch in Höxter, Beverungen und Rahden. Es bestehe eine Projektpartnerschaft mit der Wirtschaftsförderung des Kreises Höxter und dem Projekt „Smart Country Side“, einem mit Mitteln aus dem EFRE geförderten Kooperationsprojekt der Kreise Lippe und Höxter. Außerdem sei für die nahe Zukunft eine Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren geplant.

Auf Nachfrage von Herrn **Vollmer** erläutert Herr **Bley**, die per App aufgerufenen Seiten würden orientiert an den Standardeinstellungen des Smartphones grafisch dargestellt. Herr **Weßling** lobt ausdrücklich die selbsterklärenden Nutzungsmöglichkeiten der App. Auf seine Frage nach den bisherigen Praxiserfahrungen führt Herr **Bley** aus, dass das Feedback bisher sehr positiv sei. Die App und ihre Möglichkeiten erlange durch Pressegespräche in Städten sowie ländlichen Kommunen, auf Messen und bei Seniorenvertretungen zunehmend Bekanntheit und erhalte auch bei diesen Gelegenheiten Lob für die leicht eingängige und

intuitive Anwendung. Auf Nachfrage von Herrn **Stücke** legt Herr **Bley** dar, dass sich das Start-Up aktuell mit den Städten Gütersloh und Paderborn sowie dem Kreis Lippe in Gesprächen befinde. Frau **Recklies** spricht abschließend die Möglichkeit an, die App im Rahmen von Bürgermeisterkonferenzen vorzustellen.

TOP 4: 45. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Detmold „Gebietsentwicklungsplan (GEP) - Teilabschnitt (TA) Oberbereich Bielefeld“; Betriebserweiterung des Unternehmens Storck mit einer vorhabenbezogenen Neudarstellung und einer Rücknahme eines „Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)“ auf dem Gebiet der Stadt Halle (Westf.) - Aufstellungsbeschluss - Drucksache RR-6/2020

Beschlussvorschlag für den Regionalrat:

1. Der Regionalrat (RR) nimmt die Stellungnahmen der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts gemäß § 4 ROG (Beteiligte) zur Kenntnis. Er weist die Bedenken und Anregungen, zu denen mit den Beteiligten ein Ausgleich der Meinungen nicht erzielt werden konnte, auf der Grundlage der in der Erörterung gemäß § 19 Abs. 3 LPIG NRW dargestellten Stellungnahmen und dem Bericht der Regionalplanungsbehörde (RPIB) zur Erörterung zurück.
2. Der Regionalrat hat gem. § 19 Abs.4 LPIG NRW die sonstigen öffentlichen Belange sowie privaten Belange – die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 9 ROG i.V. mit § 13 Abs. 1 LPIG NRW vorgetragen worden sind – zur Kenntnis genommen und – soweit sie für die Ebene der Regionalplanung (RPlanung) relevant und von Bedeutung waren - zusammen mit den Ergebnissen des Erarbeitungsverfahrens für seine abschließende Beschlussfassung berücksichtigt.
3. Der Regionalrat beschließt gemäß § 19 Abs. 4 LPIG NRW die Aufstellung der 45. Änderung des Regionalplans (RPlan) für den Regierungsbezirk Detmold „Gebietsentwicklungsplan (GEP) - Teilabschnitt (TA) Oberbereich (OB) Bielefeld“; Betriebserweiterung des Unternehmens Storck mit einer vorhabenbezogenen Neudarstellung und einer Rücknahme eines „Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)“ auf dem Gebiet der Stadt Halle (Westf.) entsprechend der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage.
4. Die Regionalplanungsbehörde wird beauftragt, die 45. Änderung des Regionalplans, so wie sie sich aus dieser Beschlussfassung ergibt, unverzüglich der Landesplanungsbehörde gemäß § 19 Abs. 6 LPIG NRW anzuzeigen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig.

Wesentliche Beratungsinhalte:

Herr **Kronsbein** erläutert einleitend kurzgefasst wesentliche Details des Regionalplanänderungsverfahrens. Die zweite Auslegung der Unterlagen sei mit Blick auf die zwischenzeitlichen Änderungen beispielsweise hinsichtlich der straßenverkehrlichen Anbindung des fraglichen Areals aus Gründen der Transparenz, Gründlichkeit und Rechtssicherheit erfolgt.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt Frau **Niemann-Hollatz** die sorgfältige und ausführliche Arbeit im Rahmen des Änderungsverfahrens. Nach Ansicht der Fraktion wären stärkere Einschränkungen hinsichtlich der Inanspruchnahme von Wald und deutlichere Hinweise auf die Notwendigkeit platzsparenden Bauens wünschenswert, die Fraktion stimme

dem Beschlussvorschlag aber zu. Herr **Dr. Horter** betont die Notwendigkeit der betrieblichen Erweiterung der Firma Storck an ihrem Hauptsitz und lobt die Verwaltung für die geleistete Arbeit. Herr **Weßling** spricht die konstruktive Mitwirkung der Firma Storck im Rahmen des Verfahrens an. Es sei richtig gewesen, die Unterlagen erneut auszulegen. Besonders positiv sei der zukünftig verbesserte Anschluss des Betriebsstandortes an das überörtliche Straßennetz und die damit verbundene Entlastung der Ortsdurchfahrt Halle (Westf.) zu bewerten. Herr **Helling** hebt die in den Planungen vorgesehenen naturschutzfachlichen Maßnahmen im Bereich des Laibaches sowie die anteilige Reduzierung der Inanspruchnahme von Waldflächen positiv hervor. Durch die geplante Betriebserweiterung würden zudem viele Arbeitsplätze gesichert.

Auf Nachfrage von Herrn **Richter** legt Herr **Brockhagen** dar, dass das geologische Gutachten aktuell noch nicht vorliege. Im Vorfeld wurde allerdings signalisiert, dass keine Beeinträchtigung der geplanten Maßnahmen zu erwarten sei. Herr **Vollmer** bewertet die Betriebserweiterung des bereits genutzten Standortes positiv. Er wünsche sich perspektivisch eine stärkere Verlagerung der Logistik auf die Schiene und eine Verkürzung des derzeitigen Ein-Stunden-Taktes auf der vor Ort verlaufenden Schienenstrecke. Frau **Lange** weist in diesem Kontext darauf hin, dass eine adäquate Nutzung der Bahnlinie in den vorliegenden Unterlagen angesprochen sei und sowohl der VVOWL als auch der NWL an einer Verbesserung des Fahrplanangebotes arbeiteten. Die Firma Storck werbe in der Belegschaft offen für die Nutzung des ÖPNV und betreibe auch eigene Buslinien. Frau **Lange** äußert abschließend den Wunsch nach einer textlich eindeutigen und klar strukturierten Vorlage für die Politik und die Bauleitplanung vor Ort.

TOP 5: Verschiedenes

Wesentliche Beratungsinhalte:

Mit Blick auf die der Presse zu entnehmenden Pläne der Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH (BGZ) zur Errichtung eines Zwischenlagers für Atomabfälle am ehemaligen Kraftwerksstandort in Beverungen-Würgassen kündigt Frau **Lange** eine an die Bezirksregierung gerichtete Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Das Thema solle außerdem in der anstehenden Regionalratssitzung diskutiert werden. Frau **Recklies** erläutert, dass der Bezirksregierung keinerlei Antragsunterlagen vorlägen. Es sei der Behörde bis zur Berichtserstattung durch die Presse auch nichts von den Plänen der BGZ bekannt gewesen.

Herr **Stücke** weist zur Klarstellung vorsorglich darauf hin, dass die Sitzung der Kommission für Verkehr und regionale Entwicklung am Donnerstag der laufenden Woche stattfinden werde.

gez. Stücke
(Vorsitzender)

gez. Dr. Horter
(Stv. Vorsitzender)

gez. Lückemeier
(Protokollführung)